

Die von der AfD-Fraktion mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs „Zum Schutz des öffentlichen Raumes als Sphäre der Freiheit“ ausgelöste Landtagsdebatte am 29. September war dem innenpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Steffen Dittes, Anlass für einige grundsätzliche Anmerkungen. Dazu Auszüge seiner Rede aus dem Plenarprotokoll:

Ich will auf die Parallelen bei der AfD zum Rechtsextremismus, zum Neonazismus und auch zum religiösen Fanatismus und Fundamentalismus eingehen. Der Abgeordnete Höcke hat das Tragen einer Burka mit der Straftat eines Mordes gleichgesetzt. Das zeigt doch eines, dass es nicht nur darum geht, dass möglicherweise mit dem Gesetzentwurf formale verfassungsrechtliche Grenzen überschritten werden, das zeigt doch, dass die AfD-Fraktion es einfach nicht wahrhaben will, dass seit 1945 in diesem Land ein anderer Wertegeist herrscht, der dann Ausdruck gefunden hat in den Grundrechten der Artikel 1 bis 12 des Grundgesetzes.

Sie negieren den freien Charakter dieser Gesellschaft, denn ein Grundsatz der Freiheit einer Gesellschaft ist die persönliche Handlungsfreiheit. Die Grenze der persönlichen Handlungsfreiheit ist dort zu ziehen, wo die Handlungsfreiheit anderer beschränkt und beschnitten wird. Mord, und ich denke, das ist jedem klar, beschränkt die Handlungsfreiheit des Opfers final und fundamental. Aber das Tragen einer Verschleierung setzt doch mich in meiner Handlungsfreiheit nicht unter Druck, es begrenzt doch meine Handlungsfreiheit nicht, sondern ...

(Zwischenruf Abg. Olaf Kießling, AfD: Doch, diese ist eingeschränkt worden!)

Das mag ja bei Ihnen der Fall sein, bei mir ist es nicht der Fall. Das zeigt doch, dass Sie gar nicht auf dem Weg sind, möglicherweise die Freiheit anderer zu verteidigen, sondern Sie bewegen sich mit Ihrem Gesetzentwurf auf einem weiten Schritt hin zu einem totalitären System, das Vorschriften

„Kein Wort zur Verantwortung“

machen will für Menschen, in ihrer individuellen Handlungsfreiheit beschränkt zu sein, ohne dass es dafür einen Grund gibt in der Beschränkung der Freiheit anderer oder möglicherweise bei dem Entstehen von konkreten Gefahren.

Aber Sie haben in dieser Woche noch ein weiteres widerliches Beispiel für Ihre Ideologie geliefert. Am

dann ist dies die große Sorge. Kein Wort der Solidarität gegenüber den Opfern, kein Wort zur eigenen politischen Verantwortung, kein Wort zum Klima, das in diesem Land durch die AfD geschürt wird, er bemängelt und kritisiert, solche Taten verengen das Meinungsklima und schüren reflexartig Ressentiments gegen die Opposition zu den Altparteien – wer damit

gemeint ist, das hören wir ja hier bei jedem Redebeitrag.

Wer einen solchen Anschlag deswegen verurteilt, weil das Ansehen der AfD dadurch gefährdet wird, der hat nicht verstanden oder nimmt es einfach in Kauf, dass dieses Klima der Angst, dieses Klima der Drohung

weiter geschürt wird und dass Menschen diese Einstellungen, die da vermittelt werden, irgendwann in Taten umsetzen. Aber Sie dokumentieren damit auch noch was anderes, nämlich, dass es Ihnen durchaus bewusst ist, dass es einen Zusammenhang zwischen Ihrer Politik und diesen schändlichen Taten gibt.

Wir werden den Gesetzentwurf ablehnen – nicht deshalb, weil er von der AfD kommt, sondern weil er dem Grundgedanken einer freien Gesellschaft widerspricht, weil er Menschen ausgrenzt, diskriminiert, diskreditiert und unter Generalverdacht stellt und weil er eben ein Schritt hin zu einer totalitären Gesellschaft darstellt.

Foto: Thüringer Landtag



Montag kam es in Dresden zu zwei verurteilenswerten Anschlägen. Ziele waren ein Kongresszentrum sowie eine Moschee. Die Polizei sprach von einem professionell gebauten Sprengsatz.

Wir haben immer deutlich gemacht, dass derartige Straftaten auch Folgen dieser rassistischen, antimuslimischen Ideologie und Demonstrationen und Aufrufe der AfD sind. Aber anstatt dass sich die AfD mit ihrer politischen Verantwortung für derartige Anschläge auseinandersetzt, sorgt sich der Abgeordnete Höcke um den Ruf seiner AfD. Wenn Sie die Presseerklärung der AfD zur Hand nehmen,

(Zwischenruf Abg. Astrid Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist so perfide!)

KURZ UND PRÄGNANT

Jedermann-Konto:

Nach einer Untersuchung der Verbraucherzentralen hinken die Banken beim sozial gerechten Basiskonto (Jedermann-Konto) nicht nur hinterher, sie verweigern das gesetzlich verpflichtende Angebot oder verlangen überhöhte Gebühren. Diana Skibbe, Verbraucherpolitikerin der Linksfraktion, fordert die Einhaltung der Vorgaben und eine umfassende Information an die Kunden.

Bahnpreis-Erhöhlungen:

„Die geplanten Preiserhöhungen treffen ausgerechnet Vielfahrer, also Stammkunden, und liegen weit über der Inflationsrate. Gerade nach monatelangen Streckensperrungen z.B. zwischen Weimar und Jena oder bei der Saalebahn sollte sich die Bahn um Kundenbindung bemühen. Verlorenes Vertrauen lässt sich nur durch Pünktlichkeit, Service und Zuverlässigkeit zurückgewinnen. Oder durch neue Zugverbindungen und Angebote“, so die Verkehrspolitiklerin der Linksfraktion Dr. Gudrun Lukin.

Glyphosat-Einsatz:

Rot-Rot-Grün im Landtag hat Einschränkungen des Einsatzes von Glyphosat gefordert. Mit dessen Verwendung müsse es „u.a. im Kleingartenbereich, an Verkehrsflächen, in öffentlichen Anlagen und bei der Vorerntebehandlung endlich vorbei sein. Wir brauchen klare Erlasse, damit Kommunen und Anwender genau wissen, was erlaubt ist und was nicht“, sagte die Agrarpolitikerin der der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dr. Johanna Scheringer-Wright.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/

NACHRICHTEN

Erbschaftssteuer

Thüringen hat der Reform der Erbschaftssteuer im Bundesrat nicht zugestimmt. Finanzministerin Heike Taubert sagte, dass diese nicht mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz zusammenpasse. Auch die LINKE hatte im Landtag ihre Ablehnung betont, da den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für eine gerechte Besteuerung besonders reicher Erben nicht entsprochen wurde. Es sei ein Rückfall in den Feudalismus, wenn Minderjährige durch Unternehmensübertragungen zu Multimillionären werden und fast vollständig von der Erbschaftssteuer befreit sind. In den nächsten zehn Jahren werden jedes Jahr 300 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt, dafür seien Steuern von nur fünf Milliarden im Jahr entschieden zu wenig.

Landesstrategie

Bei der Erarbeitung der Landesstrategie „Mitbestimmung junger Menschen“ beschreitet die rot-rot-grüne Landesregierung auch im Bundesvergleich Neuland. Entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag werden die direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen ausgebaut. Jugendministerin Dr. Birgit Klaubert (LINKE) hatte in der letzten Landtagssitzung mit Verweis auf die dazu gegründete Arbeitsgruppe mit Vertretern u.a. aus der Wissenschaft und der Kommunalpolitik betont, dass die Landesstrategie „nicht am grünen Tisch entsteht, sondern diese Arbeitsgruppe hat sich unter der Moderation der Naturfreunde zusammengefunden und dort wird es Praxisfenster geben, in denen unmittelbar Kinder und Jugendliche in



die Erarbeitung einbezogen werden“. Sie nannte die Kinder- und Jugendparlamente sowie „die Möglichkeiten, die wir durch die Absenkung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre in Thüringen haben. Immer wieder wird die Frage gestellt, warum nicht das passive Wahlalter 16 eingeführt wurde. Das ist noch etwas, womit wir uns beschäftigen sollten“.

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen in diesem Jahr sind anberaumt vom 9. bis 11. November sowie vom 7. bis 9. Dezember. Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Fachkonferenz:

Zur Konferenz „Die Thüringer Vergabepaxis gestalten – sozial, ökologisch, innovativ“ laden die Landtagsfraktion DIE LINKE und das Europabüro Gabi Zimmer am 4. November, 10 bis 17 Uhr, nach Eisenach, Duale Hochschule, Alte Aula, ein. Nähere Informationen im Internet unter:

www.die-linke-thl.de